

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 1/2015

Woche der Brüderlichkeit im Land Brandenburg 2015

9. März 2015



Kantorin Aviv Weinberg, Absolventin des Abraham Geiger Kollegs Potsdam, umrahmte die Veranstaltung im Potsdamer Alten Rathaus musikalisch.



Konzerte, Lesungen, Ausstellungen,
Theater, Vorträge, Filme, etc.

Woche der Brüderlichkeit 2015 • 8. bis 15. März

Im Gehen entsteht
der Weg

ISRAELISCH-JÜDISCHER
VERBAND



Inhalt

05

Psalmgebet

**Rabbiner Daniel
Naftoli Surovtsev**

Rabbiner der Jüdi-
schen Gemeinde
Stadt Potsdam

07

Grußwort

Britta Stark

Präsidentin des Land-
tages Brandenburg

11

Grußwort

**Dr. Hans-Jürgen
Schulze-Eggert**

Evangelischer
Vorsitzender der
Gesellschaft für
Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit
Potsdam

15

Festansprache

**Rabbiner Prof.
Walter Homolka,
PhD DHL**

Geschäftsführender
Direktor School of
Jewish Theology,
Universität Potsdam

Psalmgebet

Rabbiner Daniel Naftoli Surovtsev

Rabbiner der Jüdischen Gemeinde
Stadt Potsdam



Rabbiner Daniel Naftoli Surovtsev

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, es freut mich sehr, heute Abend mit Ihnen allen hier sein zu dürfen. Ich möchte ein Psalmgebet sagen: und zwar Psalm 133. Dieser Psalm ist sehr passend zum heutigen Anlass. In ihm geht es um Brüderlichkeit. Ich sage jetzt den Psalm auf Hebräisch und dann die kurze Übersetzung auf Deutsch.

תהלים

לְדָוִד, הַמְעֵלוֹת שִׁיר א
יְחַד-גַּם אָחִים שֹׁכֵת -- נְעִימִים וְיִמָּה, טוֹב-מֵה הַנָּה
--הָרֵאשִׁי-עַל, הַטּוֹב כְּשֶׁמֶן ב
אֶהְרֹז-זָקוֹן הַזָּקוֹן-עַל, יָרֵד
מִדּוֹתָיו פִּי-עַל, שִׁירֵד
צִיּוֹן הַרְרִי-עַל, שִׁירֵד -- חֶרְמוֹן-כָּטֹל ג
--הַבְּרֶכֶה-אֵת, יְהוָה צִוָּה שֵׁם פִּי
הַעוֹלָם-עַד, חַיִּים.

Psalm 133

Sehr fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen. Es ist wie der Tau, der vom Himmel herabfällt auf die Berge zielend. Denn dort verheißt der Herr Segen und Leben bis in Ewigkeit.

Grußwort

Britta Stark

Präsidentin des Landtages
Brandenburg

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jakobs, sehr geehrter Herr Fritsch, mein Amtsvorgänger – herzlich willkommen –, sehr geehrter Herr Dr. Schulze-Eggert, sehr geehrter Herr Prof. Homolka, sehr geehrter Herr Tkatch, sehr geehrter Herr Abdallah, sehr geehrter Herr Seh-Sourou, und ganz besonders sehr geehrte Damen und Herren,

die Woche der Brüderlichkeit wird in diesem Jahr schon zum 63. Mal von den Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit in ganz Deutschland ausgerichtet und bietet natürlich auch bei uns in Brandenburg Gelegenheit für Begegnungen und für einen Austausch zwischen den Kulturen, zwischen den christlichen und jüdischen Bekenntnissen. Dafür möchte ich der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Potsdam, insbesondere Herrn Dr. Schulze-Eggert und seinen Mitstreitern an dieser Stelle erst einmal herzlich Dank sagen.

Vielen Dank auch an Kantorin Aviv Weinberg. Sie ist Absolventin des Abraham Geiger Kollegs Potsdam; sie hat



Britta Stark

für uns vorhin die wunderbare Musik zur Einstimmung geschenkt. Vielen Dank auch Ihnen.

Sehr gefreut habe ich mich, dass Rabbiner Daniel Naftoli Surovtsev für uns das Psalmgebet gesprochen hat.

„Im Gehen entsteht der Weg“ – so lautet das Jahresmotto der „Woche der Brüderlichkeit 2015“. Der Weg ist ein altes Menschheitssymbol – für Juden, Muslime, Buddhisten oder Atheisten. Wir sprechen vom Lebensweg, vom Weg der Erkenntnis oder vom Lösungsweg. Hinter der Metapher vom Weg steht eine menschliche Urerfahrung: dass Wege meistens nicht geradlinig verlaufen, dass es oft Höhen und Tiefen gibt oder auch Umwege und Irrwege. Und vor allem die Erfahrung, dass nicht alle ausgetretenen Pfade uns in die Zukunft führen. Im Gehen entsteht der Weg ins Offene. Und solche Wege wollen wir beschreiten. Dazu braucht man Mut, dazu braucht man Mut zur Wahrheit, man braucht Mut, um sich von Vorurteilen zu befreien, und man braucht Mut zur Begegnung.

Einer, der uns diesen Mut macht, der ihn aufgebracht hat mit seinem Denken, der auch Brücken gebaut hat zwischen Juden und Christen, war der jüdische Philosoph Emmanuel Levinas. Für den Gesprächskreis „Juden und Christen“ gilt Levinas als Vorbild für Offenheit und Interesse am Anderen, für einen wertschätzenden Dialog mit Menschen auf Augenhöhe. Levinas hat einmal gesagt: „Einem Menschen zu begegnen, bedeutet von einem Rätsel wachgehalten zu werden.“ Für Levinas wurde – wie für viele Überlebende – die Frage nach dem „Nie wieder!“ zu einem Lebensthema. Levinas hat eine verstörende und doch zugleich naheliegende Antwort gefunden: „Nie wieder!“ – das bedeutete für ihn einen radikalen Perspektivwechsel, weg von sich selbst und hin zum Anderen. In Levinas Denken steht nicht er selbst, sondern der Andere im Mittelpunkt. Die Würde des Menschen – das heißt für Levinas, Verantwortung für Andere zu übernehmen, weil jeder Mensch einzigartig ist und verletzbar und in seiner Verletzbarkeit auf Zuwendung angewiesen. Mit seinem „Humanismus des Anderen“ – für Levinas eine Überlebensfrage der Menschheit – war er seiner Zeit weit voraus. Levinas Denken eines Überlebenden, das in der Shoah seine Wurzeln hat, erscheint wie eine Botschaft aus der Zukunft. Levinas lehrt uns Großherzigkeit und Empathie – ein jüdischer Denker, der gerade für uns Deutsche, die wir in der Verantwortung stehen, dass Auschwitz niemals wieder sein kann, Vorbild sein kann.

„Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den

Holocaust bleibt eine Sache aller Bürgerinnen und Bürger.“ Ich finde, es ist ein gutes Zeichen, dass dieser Satz von Bundespräsident Joachim Gauck beim Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in den aktuellen Debatten so präsent ist. Denn: Die Erinnerung darf niemals enden. Wir dürfen die Opfer niemals vergessen, und

„Wenn Juden bedroht sind, dann verletzt das auch uns.“

wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch die künftige Generationen die Erinnerung wachhalten. Das heißt auch, dass wir achtsam sein müssen, dass unser Gedenken niemals zum leeren Ritual erstarrt. Gedenktage allein bewahren uns nicht davor, gleichgültig zu sein.

Schon bald werden wir die Gespräche mit Überlebenden schmerzlich vermissen. Dann müssen wir neue Wege finden, um die Erinnerung lebendig zu halten, und jungen Menschen einen Zugang zu unserer Geschichte ermöglichen. Damit das „Nie wieder!“ in unserem Bewusstsein bleibt, damit wir achtsam bleiben und unseren Mut zur Wahrheit und zum Handeln stärken.

Dass heute wieder Juden mit uns leben wollen, dass in Potsdam, in Cottbus und in vielen anderen deutschen Städten eine vielfältige jüdische Kultur unser Leben bereichert, das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein großes Geschenk.

Es grenzt an ein Wunder und es ist auch ein Glück, dass wir heute sagen können: Juden gehören zu Deutschland und sie sind wieder Teil unserer Identität. Starke jüdische Gemeinden in Potsdam oder auch die neue Synagoge in Cottbus sind ermutigende Zeichen dafür, dass Juden in Brandenburg wieder eine Heimat finden.

Es ist unerträglich, wenn sich Juden mit einer Kippa in bestimmten Gegenden in Deutschland nicht auf die Straße trauen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Menschen bedroht werden, weil sie für Israel eintreten. Es macht mich traurig zu hören, dass Juden in Deutschland fragen, ob es richtig war, hierher zu kommen und ihre Kinder hier großzuziehen.

Die Anschläge auf Juden in Paris und Kopenhagen zeigen uns, dass der Antisemitismus Realität ist in Europa.

Wenn Juden bedroht sind, dann verletzt das auch uns. Die islamistischen Terrorakte gegen Juden gelten uns allen. Deshalb müssen wir Antisemitismus noch entschlossener bekämpfen als bisher und unsere demokratischen Wer-

te noch stärker verteidigen: Dass jeder Mensch einzigartig ist und willkommen. Dass alle Menschen frei sind und die gleiche Würde haben.

Gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz sind wir alle gefordert – die Zivilgesellschaft, die Politik und der Staat. Und wir müssen alle zusammenstehen für eine menschenfreundliche tolerante und weltoffene Gesellschaft, in der alle gut leben können – ob sie Juden sind, Christen, Muslime oder Atheisten.

Weil wir in Deutschland in einer einzigartigen Verantwortung für ein neues Verhältnis zu den Juden stehen, sind wir aufgerufen, neue Wege zu gehen – Wege zur Verständigung, zu einer Erinnerungskultur der Zukunft und zur Wertschätzung der Vielfalt unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Lebensweisen.

Die Woche der Brüderlichkeit lädt uns dazu ein und schafft mehr Öffentlichkeit für das Gespräch zwischen Juden und Christen. Dieses Gespräch wollen wir weiterführen und vertiefen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Grußwort

Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert

Evangelischer Vorsitzender der
Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit Potsdam

Sehr geehrte Frau Landtagsprä-
sidentin!
Meine sehr geehrten Abgeord-
neten und Stadtverordneten!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Sehr geehrte Frau Ministerin Kunst! Sehr
geehrter Herr Präsident Günter! Schön,
dass Sie da sind.

Liebe Mitglieder und Freunde der Ge-
sellschaft für Christlich-Jüdische Zu-
sammenarbeit! Besonders auch die
Freunde der Berliner Gesellschaft be-
grüße ich hier!

Sehr geehrte Gäste aus Politik, Wirt-
schaft, Justiz, Militär und aus den Religi-
onsgemeinschaften! Seien Sie alle sehr
herzlich willkommen zur Eröffnung der
Woche der Brüderlichkeit!

Erstmals sind auch der Vorsitzende
des Vereins der Muslime in Potsdam e.
V., Herr Kamal Mohamad Abdallah, un-
ter uns und sein Vorstandskollege, Herr
Atarouwa Seh-Sourou Schön, dass Sie
unserer Einladung gefolgt sind.

Besonders begrüße ich Rabbiner
Prof. Homolka und bedanke mich, dass
er heute den Festvortrag übernommen
hat. Sie, lieber Herr Homolka, sind ja
wirklich einer der Wegbereiter für das li-
berale Judentum in den letzten 20 Jah-



Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert

ren hier in Deutschland. Sie haben ziel-
strebig einen langen Weg zurückgelegt
bis hin zum Abraham Geiger Kolleg und
der School of Jewish Theology. Das ist
ein wunderbares Ergebnis, für das Sie
auch – erst vor wenigen Tagen – geehrt
worden sind mit dem Bundesverdienst-
kreuz erster Klasse. Dazu gratulieren wir
Ihnen und wünschen Ihnen weiterhin viel
Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Besonders begrüße ich auch den
Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde,
Herrn Tkatch, und die Gemeindemitglie-
der, die heute hier her gekommen sind
und begrüße natürlich auch den Rab-
biner Surovtsev, der heute schon das
Psalmgebet für uns gesprochen hat. Be-
danken möchte ich mich bei der Land-
tagspräsidentin dafür, dass sie die Tradi-
tion ihrer Vorgänger fortgesetzt hat und
uns wieder sehr effektiv unterstützt hat
bei der Vorbereitung dieser Veranstal-
tung. Herzlichen Dank! Ich freue mich
natürlich auch, dass auch Präsident a.
D. Gunter Fritsch in alter Verbundenheit
auch heute wieder dabei ist. Gerne be-

grüße ich auch die Kantorin Aviv Weinberg und den Pianisten Daniel Sarusi, die wir schon gehört haben und noch hören werden. Schön, dass Sie uns hier diese schöne Musik bereiten.

„Im Gehen entsteht der Weg – Impulse christlich-jüdischer Begegnung“: Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, die es seit 1948/49 gibt, ist zunächst von der amerikanischen Besatzungsmacht auf den rechten Weg gewiesen worden. Es war ein guter Weg, der inzwischen von mehr als 80 Gesellschaften begangen wird und entsprechend gefestigt ist. In den vergangenen 70 Jahren hat sich im Hinblick auf das christlich-jüdische Gespräch viel getan. Schon 1947 trafen sich in Seelisberg in der Schweiz evangelische, katholische und jüdische Teilnehmer und formulierten zehn Thesen, in denen sie hervorhoben, dass ein und derselbe Gott durch das Alte und das Neue Testament zu uns allen spricht. Das war ein hoffnungsvoller Anfang. 1950 formulierte die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland, dass Jesus Jude ist und dass Israel Gottes erwähltes Volk bleibt. Auf dem zweiten vatikanischen Konzil 1965 kam es dann mit der Erklärung *Nostra Aetate* zu der deutlichen Kehrtwende gegenüber einer 2000-jährigen antijüdischen Tradition nicht nur der katholischen Kirche. Es gab noch viele Erklärungen und Synoden, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben. Martin Stöhr nennt das ein Abräumen der Denkmuster, die eine christliche Position durch die Negation des angeblich überholten Judentums gewinnen wollte.

Insgesamt sind 2000 Jahre kirchlicher Antijudaismus in den vergangenen 70 Jahren weitgehend überwunden worden. Das ist mit den Worten von Rabbiner Henry Brandt eine Revolution, wirklich eine Sensation, über die wir uns freuen können. Endlich können wir auf Augenhöhe miteinander reden. Wesentlich daran mitgewirkt hat der diesjährige Preisträger der Buber-Rosenzweig-Medaille Hanspeter Heinz mit seinem Gesprächskreis „Juden und Christen“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, den er 40 Jahre lang geleitet hat.

Und dennoch: Es gibt immer noch Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, wie wir gerade aktuell und immer wieder erfahren müssen. Es gibt noch viele Vorurteile und Ängste vor denen, die anders sind als wir, vor Überfremdung, die als Bedrohung empfunden wird. Der Weg – miteinander zu sprechen, aufeinander zuzugehen und sich kennenzulernen – muss also fortgesetzt werden. Nur so werden wir die Ängste abbauen können.

Die Geschwisterlichkeit, der diese Woche traditionell gewidmet ist, richtet sich bisher nur an die christlichen und jüdischen Brüder und Schwestern, die lernen sollten, sich zu verstehen, lernen sollten zu begreifen, wie eng sie miteinander verbunden sind durch das Alte und das Neue Testament. Die Muslime waren dabei nicht oder nur ausnahmsweise einbezogen. Aber auch sie glauben an den einen Gott, beziehen sich auf Abraham und sehen Jesus als bedeutenden Propheten. Sie begegnen uns als Mitbürger nahezu täglich, werden aber eher misstrauisch auf Distanz

gehalten. Kennen wir sie eigentlich? Wissen wir, was sie bewegt, und wie sie uns sehen?

Ich denke, es ist an der Zeit, die „Woche der Brüderlichkeit“ zu öffnen

„Endlich (...) sind alle gemeint. Alle Glaubensgemeinschaften, die sich in unserer klein gewordenen Welt begegnen und aufgefordert sind, respektvoll miteinander umzugehen.“

und auch die Muslime einzubeziehen. In diesem Sinne hat sich auch der Internationale Rat der Christen und Juden schon 2009 in seinen zwölf Thesen von Berlin geäußert. Im dritten Kapitel, das sich sowohl an christliche, als auch an jüdische Gemeinden und andere wendet, heißt es: „Wir laden Juden, Christen und Muslime gemeinsam mit allen Menschen des Glaubens und guten Willens ein, einander stets zu respektieren und die Unterschiede und die Würde des jeweils anderen zu achten.“ Es folgen die Thesen 9 bis 12. Endlich – könnte man sagen –, endlich sind alle gemeint. Alle Glaubensgemeinschaften, die sich in unserer klein gewordenen Welt begeg-

nen und aufgefordert sind, respektvoll miteinander umzugehen.

Wie dringend das ist, genau das zu lernen, wird uns zurzeit täglich und drastisch vor Augen geführt. Zur gegenseitigen Achtung gehört aber auch die Respektierung der religiösen Gefühle des Anderen. Bei aller künstlerischen Freiheit, bei aller hochgeschätzten Meinungsfreiheit, bei allem Abscheu vor dem Attentat in Paris – ich bin nicht Charlie Hebdo! Ich habe kein Verständnis für satirische Provokationen, die Andersgläubige tief verletzen müssen. Satire darf gottlob nicht alles; die Rechtsprechung hat das längst bestätigt.

Noch eine letzte kleine Anmerkung. Im Gehen entsteht der Weg. Was aber ist, wenn erkennbar wird, immer deutlicher wird, dass der Weg in eine Sackgasse führt oder gar ins Verderben? Dann ist Umkehr angesagt. Doch Umkehr ist viel schwieriger, als den einmal eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Besonders in der Politik ist das zu beobachten. Wir alle – denke ich –, wir alle kennen Entwicklungen, auch bedrohliche Entwicklungen, bei denen wir sagen: So kann es nicht weitergehen. Also dann lieber umkehren. Wenn das nur so einfach wäre. „Kehret um und ihr werdet leben“ heißt es in einem Kirchenlied. Vielleicht wäre das ein Jahreswort für das nächste Jahr: Kehret um und ihr werdet leben. Ich wünsche mir, dass die Besinnung auf gute, gemeinsame Wege diesen Tag und diese Woche überdauern und uns durch das Jahr begleiten mögen. – Vielen Dank.

Festansprache

Rabbiner Prof. Walter Homolka,
PhD DHL

Geschäftsführender Direktor
School of Jewish Theology,
Universität Potsdam

Hochverehrte Frau Landtags-
präsidentin,
liebe Frau Ministerin,

liebe Abgeordnete des Landtags Bran-
denburg,

lieber Universitätspräsident,
sehr verehrter Oberbürgermeister,
liebe Mitglieder der Stadtverordneten-
versammlung,

hoch zu verehrende Festgemeinde,

die Schlagzeilen der vergange-
nen Wochen waren für Juden nicht im-
mer einfach zu lesen. Die „Süddeut-
sche Zeitung“ titelte: Merkel sichert
Juden in Deutschland Schutz zu. Die
„Zeit“ schrieb: Merkel möchte Juden in
Deutschland halten. Und in der „Tages-
schau“ bekamen wir zu hören: Merkel
ruft Juden in Deutschland zum Bleiben
auf. Damit sah man sich konfrontiert als
Jude in Deutschland nach Anschlägen
in Paris und Kopenhagen. Da bekommt
die Rede von der jüdischen Renais-
sance in Deutschland – die man ja auch
und gerade während der Woche der
Brüderlichkeit immer wieder nach vor-
ne stellt – schnell Schlagseite. Jahrelang
hat die Politik, jahrelang haben wir alle
die Hoffnung zum Ausdruck gebracht,
dass die Zuwanderung von Juden aus



Rabbiner Prof. Walter Homolka, PhD DHL

der ehemaligen Sowjetunion nach 1990
ein Riesenschritt zur Sicherung der jü-
dischen Gemeinschaft in Deutschland
werden würde.

Wer Schutz braucht, wer zum Blei-
ben aufgefordert wird, wer gehalten
werden muss, ist der wirklich ein inte-
graler Bestandteil dieser Gesellschaft?
Sehr gut können sich Juden und Musli-
me noch an die Beschneidungsdebat-
te 2012 erinnern. Juden und Muslime
hat das damals sehr betroffen gemacht,
wie kontrovers unsere Gesellschaft hier
zwischen zwei Grundrechten – dem der
körperlichen Unversehrtheit, und dem
der freien Religionsfreiheit – gerungen
hat. Eine jüdische Stipendiatin des Ernst
Ludwig Ehrlich Studienwerks, Hannah
Peaceman, schrieb damals in einem
offenen Geburtstagsbrief an Charlot-
te Knobloch, in dem sie dieser Grande
Dame des deutschen Judentums dankte
für ihre jahrzehntelange Aufbauarbeit,
die sie nun unter diesen Rubrum der Be-
schneidungsdebatte gefährdet sah. Sie
schrieb ihr: „Antisemitische Vorurteile

[sind] kein Randphänomen, sondern gerade in der so genannten ‚bürgerlichen Mitte‘ oft zu finden.“ Und ihre Kommilitonin Dilia Regnier meinte: „Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, der selbst der Holocaust kein Mitgefühl abringt.“ Und das waren schon die freundlicheren Kommentare, die mich sehr nachdenklich gemacht haben, wie sich junge Jüdinnen und Juden entscheiden werden nach ihrem Studium, wo sie ihre Heimat suchen und ob sie Deutschland zu ihrer Heimat machen werden.

Damit wichen die Hoffnungen von 1989 schlagartig der Ernüchterung: Antisemitismus ist nach wie vor ein Problem in der deutschen Gesellschaft und – ich sage ausdrücklich – es ist nicht nur ein Phänomen des Unverständnisses zwischen Juden und Muslimen. Statistisch gesehen, wenn man den Antisemitismusbericht an den Deutschen Bundestag betrachtet, ist das eine Seite, wo Juden und Muslime auch alles tun müssen, um in ihren jeweiligen Gemeinden Verständnis für und Kenntnis voneinander zu entwickeln. Das tun wir auch und ich freue mich auch deswegen sehr über die islamischen Vertreter, die heute hierher gekommen sind. Sondern es gibt eben auch den Antisemitismus in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft, auf den wir achten müssen. Und es heißt, dass jüdisches Leben in Deutschland schon lange nicht mehr so bedroht schien wie heute.

Mir fällt dieses Fazit nicht leicht, denn auch ich habe die Hoffnungen von 1989 geteilt. Sie waren der Nährboden für mein Engagement, eine positive und starke jüdische Identität ausbilden zu

helfen, bei mir selbst und auch bei anderen. Und wenn Sie unsere Absolventin singen hören, dann möchte man meinen, dass es auch zu etwas geführt hat.

Aus dieser Hoffnung speist sich bei mir seit 15 Jahren die Überlegung, dass Rabbiner und Kantoren das notwendige Rückgrat für jüdisches Leben darstellen. Deshalb haben wir das Abraham Geiger Kolleg in Potsdam errichtet als erste Rabbinerausbildung nach dem Holocaust und die School of Jewish Theology der Universität Potsdam als erste jüdisch-theologische Einrichtung mit Fakultätscharakter.

An dieser Stelle ist es vielleicht richtig, darauf Bezug zu nehmen, dass dies alles ohne Sie hier nicht möglich gewesen wäre. Vor allem Sie, Frau Ministerin Kunst, die Sie wirklich für diese Sache gekämpft haben. Ich möchte mich vor allem auch bedanken bei Landtagspräsident Fritsch, unter dessen Ägide damals das Gesetz verabschiedet wurde, das im November 2013 zur Gründung der School of Jewish Theology und Berufung konfessionsspezifischer Professoren geführt hat. Ganz besonders bedanke ich mich bei Oliver Günther, dem Universitätspräsidenten, der in einem weisen Verfahren und Prozess die kollektive Entscheidung der Universität Potsdam herbeigeführt hat, dass es zu einer solchen School of Jewish Theology kommen konnte. Ich danke den Abgeordneten aus dem Wissenschaftsausschuss – ich sehe momentan nur Frau von Halem, die damals in der Legislaturperiode mitgestritten hat –, aber es war der einhellige Wunsch der Abgeordneten dieses Landtages. Und damit kann

man sagen: Es steht auf breiter Grundlage. Und wir haben auch allen Grund, Ihnen allen dafür zu danken. Ich hoffe, dass wir es Ihnen mit den Erfolgen, die wir erzielen wollen, besonders gut vergelten können.

Diese Strukturen sind aber nicht nur ein Geschenk, wie es einmal Bundestagspräsident Lammert gesagt hat, sondern sie sind auch Ausdruck einer quasi selbstverständlichen Teilhabe an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft. Die School of Jewish Thology war ja die Anhebung der Rabbinerausbildung auf Augenhöhe zu den christlich-theologischen Fakultäten und zu den vier Zentren für islamische Theologie, die der Wissenschaftsrat vor einigen Jahren – 2010 – empfohlen hat. Und doch sind sie nicht selbstverständlich. Denn bei der Neugestaltung des jüdischen Lebens nach der Schoa war lange nicht klar, ob sich dauerhaft Erfolg einstellen würde. Schon die Zielformulierung war schwierig. Würde in Deutschland wieder eine jüdische Gemeinschaft Fuß fassen mit Menschen, die hier nicht nur hängen geblieben oder gestrandet sind?

Mir scheint, das ist die Frage 1945 gewesen ebenso, wie sie es heute ist. Bereits wenige Wochen nach der Befreiung Deutschlands durch die alliierten Truppen im Mai 1945 bildeten sich in den vier Besatzungszonen jüdische Gemeinden. Am 1. Juli 1945 formierte sich das Zentralkomitee der befreiten Juden in der amerikanischen Zone, eine der Keimzellen des fünf Jahre später gegründeten Zentralrats der Juden in Deutschland. Ähnliche Zusammenkünfte folgten in den anderen Besat-

zungszonen. 1945 wurden insgesamt 51 Gemeinden wiedergegründet. Ein Jahr später gab es schon 67.

Am 19. Juli 1950 gründete sich in Frankfurt am Main der Zentralrat der Juden in Deutschland. Es sollte eine Interessenvertretung während der Übergangszeit sein bis zu einer endgültigen Ausreise, von der damals eigentlich alle ausgingen. Zu diesem Zeitpunkt lebten im Nachkriegsdeutschland rund 25 000 Juden. Zur Erinnerung: Vor 1933 hatte die jüdische Gemeinschaft in Deutschland etwa 570 000 Mitglieder gezählt. Die jüdischen Gemeinden aus der sowjetisch besetzten Zone gehörten nur bis Anfang der 1960er Jahre dem Zentralrat der Juden an, der am 27. Februar 1963 als Körperschaft des öffentlichen Rechts in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt wurde.¹

Der Alltag der Juden, die sich im Land der Täter wiederfanden, war von großer Ambivalenz geprägt. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten hatten viele Juden das Gefühl, in Deutschland auf den sprichwörtlich gepackten Koffern zu leben. Mancherorts kam es zur Gründung konkurrierender Gemeinden von deutschen Juden und sogenannten Ostjuden, die sich erst nach langem Hin und Her vereinigten. Diese Übergangsgemeinden hatten zunächst das Ziel, den in Deutschland verbliebenen Juden ihren vorübergehenden Aufenthalt zu erleichtern und sie bei der Emigration zu unterstützen, und sollten sich zu gege-

¹ Bekanntmachung des Kultusministeriums vom 27. Februar 1963; ABI. KM. NW. S. 39/MBI. NW. S. 287.

bener Zeit selbst auflösen. Zu denjenigen, die dieses Konzept der sogenannten Liquidationsgemeinde schließlich zugunsten der Entwicklung einer Aufbaumgemeinde aufgaben, gehörte Heinz Galinski, der 1992 verstorbene, langjährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Jüdisches Leben nach der Schoa, das bedeutete vor allem Solidarität und die Möglichkeit, einander in einem geschützten Raum ein Stück Heimat zu geben. Die internationale jüdische Gemeinschaft beobachtete den Aufbau nach dem Untergang, die Konsolidierung jüdischen Lebens im Land der Täter indes mit Skepsis, zumal der neugegründete Staat Israel eine Alternative zu bieten schien.

Hans Erich Fabian, der nach seiner Befreiung aus Theresienstadt zu den Mitbegründern der Berliner Nachkriegsgemeinde gehörte, forderte dagegen schon im Oktober 1947, sich Gedanken um die Zukunft zu machen. Ich zitiere ihn: „Es hat keinen Sinn, Häuser zu bauen, wo Hütten genügen, und es hat keinen Zweck, Synagogen zu errichten, (...) um sie in kurzer Zeit zu verlassen. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland müssen sich klar werden, dass sie nicht nur vorübergehende Gebilde sind.“ Damit waren die Vorzeichen gesetzt, jüdisches Leben in Deutschland erneut heimisch werden zu lassen.

„Im Gehen entsteht der Weg“ beschreibt diese zaghafte Entwicklung nach 1945 wohl am besten. Und in Begleitung von Partnern geht man besser. So standen die letzten 70 Jahre auch für eine Annäherung der christlichen Kirchen an das Judentum.

Das Entsetzen über den Mord an den europäischen Juden und die Fragen, inwieweit der christliche Antijudaismus dazu beigetragen hat, haben auf christlicher Seite zu einer theologischen Neubestimmung des Verhältnisses zum Judentum geführt. Die zehn Thesen der Konferenz von Seelisberg von 1947, die der deutsche Koordinie-

„Im Gehen entsteht der Weg“ beschreibt diese zaghafte Entwicklung nach 1945 wohl am besten. Und in Begleitung von Partnern geht man besser. So standen die letzten 70 Jahre auch für eine Annäherung der christlichen Kirchen an das Judentum.“

rungsrat in seinen Schwalbacher Thesen mit theologischen Begründungen versah, bildeten für die nächsten Jahrzehnte die Agenda der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit lag in der Aufarbeitung antijüdischer Traditionen in der kirchlichen Verkündigung, im Kampf

gegen Antisemitismus und in der Erinnerung an die Schoa. Auf dieser Grundlage entwickelte sich erstmals in der Geschichte eine dauerhafte und tragfähige Zusammenarbeit von Juden und Christen. Die evangelische und die katholische Kirche haben in lehramtlichen Dokumenten ihr Verhältnis zum jüdischen Volk theologisch neu bestimmt, in dem sie jede Form des Antisemitismus verworfen, den Antijudaismus in der kirchlichen Verkündigung aufgearbeitet und die Christen zu Dialog und Zusammenarbeit mit den Juden aufgerufen haben.

Auf evangelischer Seite sind hier das Wort zur Judenfrage der Synode der EKD von 1950 und die Studie Christen und Juden des Rates der EKD von 1975 bis 2000 und der für viele Landeskirchen beispielgebende Beschluss der Synode der evangelischen Kirche im Rheinland zu nennen. „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ hieß er und wurde 1980 verabschiedet.

Aussagen zum erneuerten Verhältnis von Kirche und Judentum sind mittlerweile in die Kirchenverfassungen fast aller Gliedkirchen der EKD aufgenommen worden.

Die katholische Kirche hat vor 50 Jahren mit der Erklärung *Nostra Aetate* des 2. Vatikanischen Konzils einen Wandel in der Verkündigung in der Liturgie und in der Theologie eingeleitet. Hier ist vor allem die Karfreitag-Fürbitte im Zentrum des jüdischen Interesses gewesen und auch jüngst unter Benedikt XVI. ja heiß diskutiert worden, als dieser in der lateinischen außerordentlichen Fassung der Messfeier eine für uns schwierige Neuformulierung eingeführt hatte.

Aber beide Päpste – Johannes Paul II. wie auch Benedikt XVI. – haben in Ansprachen, bei Synagogenbesuchen und Israelreisen, durch die Anerkennung des Staates Israel und viele andere Zeichen fortgesetzt, darauf hingewiesen, dass es zu einem neuen Verhältnis zwischen katholischer Kirche und dem Judentum gekommen ist. Beide Kirchen erkennen heute an, dass der christliche Glaube im ungekündigten Bund Gottes mit Israel verwurzelt ist und der Dialog mit dem gegenwärtigen Judentum zur christlichen Identität gehört.

Damit war die Erneuerung jüdischen Lebens in Deutschland auch ein Neubeginn im Verhältnis zwischen dem Judentum und den beiden Kirchen. Diese Partnerschaft hat sich in den letzten 25 Jahren trotz mancher theologischen Anfechtungen bewährt.

War der Neubeginn nach 1945 schon eine immense Aufgabe für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland, so kamen ab 1990 neue Herausforderungen hinzu.

Im Jahr 1952 hatten die jüdischen Gemeinden in Deutschland laut einer Statistik des American Jewish Joint Distribution Committee 21 000 Mitglieder. Im Wendejahr 1989 zählten die gut 50 jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik einschließlich Westberlins 26 000 Mitglieder. Es gab Gottesdienste, Kulturprogramme, Sozialarbeit, doch jüdisches Leben spielte sich in der Regel hinter verschlossenen Türen und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ab. Mit dem Zusammenbruch der DDR und der Öffnung der Grenzen änderte sich die Situation dramatisch. Im Dezember 1990, knapp ein Jahr nach der Wende, wurden

die fünf Landesverbände bzw. Gemeinden in der ehemaligen DDR, die damals gut 400 Mitglieder zählten, in den Zentralrat der Juden in Deutschland aufgenommen. Deutschland wurde zudem zum Einwanderungsland für Juden aus der damaligen Sowjetunion. Ein Phänomen, das den Staat Israel auch diplomatisch irritierte und das die alt ein-

*„Damit war die
Erneuerung jüdischen
Lebens in Deutschland
auch ein Neubeginn im
Verhältnis zwischen
dem Judentum und den
beiden Kirchen.“*

gesessenen jüdischen Gemeinden und Institutionen bald überforderte.

Diese Zuwanderung von Juden aus der damaligen Sowjetunion bzw. aus den Nachfolgestaaten nach Deutschland begann 1990. Viele werden das nicht wissen: Unter der letzten Volkskammer der DDR wurde ab April 1990 ein vereinfachtes Verfahren zur Einreise jüdischer Bürger der Sowjetunion angewandt und damit wollte die Nachwenderegierung der DDR auch dem Unrecht Rechnung tragen, dass sich das SED-Regime gegenüber dem Judentum jeglicher Verantwortung zur Wiedergutmachung entzogen hatte. Eine entspre-

chende Aufforderung an die Modrow-Regierung, jüdischen Sowjetbürgern die bedingungslose Einwanderung in die DDR zu ermöglichen, war am 12. Februar 1990 vom Jüdischen Kulturverein in Berlin eingebracht worden und es wurde diesem Wunsch stattgegeben.

An diese Praxis der letzten DDR-Regierung lehnte sich der Beschluss der Innenministerkonferenz vom 9. Januar 1991 an, nach dem das Gesetz über Maßnahmen für die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommenen Flüchtlinge auch auf jüdische Emigranten aus den ehemaligen GUS-Staaten angewandt wurde. In den folgenden Jahren wurden diese sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge auf Bundesländer und Landkreise in ganz Deutschland verteilt. Damit wuchs der Bedarf an jüdischer Infrastruktur. Synagogen, Freizeiteinrichtung usw. wurden mit staatlicher Hilfe gebaut und es war eine große Anstrengung der öffentlichen Hand und der sozialen Institutionen unseres Landes, so viele Flüchtlinge hier zu integrieren.

Seit 1990 sind über 212 000 Menschen als sogenannte jüdische Kontingentflüchtlinge nach Deutschland gekommen. Nach zwei Generationen in der atheistisch ausgerichteten Sowjetunion hatten viele Einwanderer den Bezug zu ihren jüdischen Wurzeln völlig verloren und stattdessen eine russische Identität angenommen, an der sie nun auch in der neuen Heimat festhielten. Die russischsprachigen Zuwanderer müssen sich in Deutschland in also zweifacher Weise integrieren: einerseits in die deutsche Mehrheitsgesellschaft,

andererseits in die jüdische Gemeinschaft. Und versuchen Sie mal, wenn Sie 20 000 waren, 200 000 Menschen zu integrieren.

Allein im Land Brandenburg entstanden acht neue jüdische Gemeinden. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin war dank der Zuwanderung in den 1990er Jahren die weltweit am schnellsten wachsende jüdische Gemeinde. 2009 gehörten gut 11 000 Juden in Berlin der jüdischen Gemeinde an. Von ihnen stammten bald 70 % aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und in anderen jüdischen Gemeinden beträgt der Anteil jüdischer Zuwanderer zwischen 90 und 100 %. Der sprunghaft gewachsene Bedarf an umfassend ausgebildeten Rabbinern, Kantoren, Religionslehrern und Erziehern führte in Deutschland 1999 zur Gründung des Abraham Geiger Kollegs an der Universität Potsdam, gefolgt von der 2013 errichteten School of Jewish Theology – orthodoxe Rabbiner werden in Berlin ausgebildet an der Lauder Yeshiva.

Ein neues Kapitel der Aufarbeitung zwischen Christentum und Judentum war damit aufgeschlagen. Der Wissenschaftsrat beschrieb die Vorgeschichte der Jüdischen Theologie als neue Disziplin an einer deutschen Universität 2010 so: „Faktisch behaupteten [die christlichen Theologien] bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ihren Monopolanspruch auf die Auslegung von Religion und Christentum in der Universität. Die deutschen Juden haben im 19. Jahrhundert im Zuge des Emanzipationsprozesses eine universitäre Verankerung ihrer Ausbildungsgänge von kultischem Per-

sonal angestrebt, ohne dass sie damit Erfolg hatten.“² – Ende des Zitats. So lapidar werden also viele Jahrhunderte deutscher Universitätsgeschichte beschrieben. Und hier fängt damit eine spannende Geschichte an im Licht der Anhebung des Faches „Jüdische Theologie“ auf Augenhöhe mit Christentum und Islam.

Der Begriff „Jüdische Theologie“ im Sinne eines Universitätsfaches wird erst in der Neuzeit durch Abraham Geiger programmatisch geprägt und verwendet. Den Hintergrund für sein Bestreben bildete die „Wissenschaft des Judentums“, die sich als eine historische Disziplin auf der Basis der philosophisch orientierte Haskala, also der Aufklärung, gebildet hatte.³ Beide hatten für das Judentum den Ausbruch aus einem langen geistigen Mittelalter bedeutet⁴, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, sich im 19. Jahrhundert als Bürger eines christlich verstandenen Staates zu begreifen.

Geiger legte 1835 den ersten Band seiner Wissenschaftlichen Zeitschrift für jüdische Theologie vor. Er fragte dabei unter anderem nach der Rolle des Theologen und entwickelte aus seiner Bestandsaufnahme heraus Anforderun-

² Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen, 29. Januar 2010, S. 31.

³ Herzig, Arno, Jüdische Geschichte in Deutschland. München 2002, S. 146 – 152, S. 158 – 164.

⁴ Wilhelm, Kurt: Zur Einführung in die Wissenschaft des Judentums, und Ucko, Sinai: Geistesgeschichtliche Grundlagen der Wissenschaft des Judentums. In: Wilhelm, Kurt (Hrsg.): Wissenschaft des Judentums im deutschen Sprachbereich, 2 Bde. Tübingen 1967.

gen an die künftigen Vertreter einer jüdischen Theologie. Ich zitiere: „Wir bedürfen der Männer, die da nachweisen, wie allmählich das Judentum zu dem geworden, was es ist, die sich nicht scheuen, gegen den befangenen Glauben mit Gründen dazu tun, dass gar vieles nicht Überlieferung, nicht durch richtige Exegese Eruiertes ist, sondern in der Zeit Entstandenes, was auch die Zeit wieder aufzuheben vermag.“ Aufgabe sei es, „das Überkommene mit den Anforderungen der Gegenwart“ zu vereinen.⁵ Im Jahr darauf forderte Geiger als erster die Gründung einer jüdisch-theologischen Fakultät an einer deutschen Universität und meinte, erst dann sei die Emanzipation endgültig vollendet.

Den Gedanken, mit der Verordnung der Wissenschaft des Judentums an einer Universität ihre Gleichberechtigung mit anderen Wissenschaften zu erreichen, hatte auf nichtjüdischer Seite bereits Georg Tiefenbach zwischen 1821 und 1823 formuliert: „Jüdischer Professor der Theologie auf christlicher Universität“, hieß sein Essay, „Eine Aufgabe für christliche Staaten“.⁶ Dieser Appell Tiefenbachs blieb allerdings eine Ausnahme.

Als der sozialliberale Magdeburger Theologe Martin Rade sich 1912 im Vorfeld der Neugründung der Universität in Frankfurt am Main für die Errichtung einer jüdisch-theologischen

Fakultät aussprach und dies damit begründete, dass dies – ich zitiere: „die würdigste, gesündeste und nützlichste Anerkennung für die starke finanzielle Beteiligung der Frankfurter Juden an der Universitätsgründung“⁷ sei, führte das zu heftigen Diskussionen. Der renommierte evangelische Alttestamentler Hermann Gunkel antwortete Rade im März 1912 in einem Privatbrief: „Kennen Sie wirklich die gegenwärtige jüdische Wissenschaft? Und wissen Sie, ob diese so weit ist, dass sie in einer preußischen Universität eine würdige Stelle einnehmen kann? Sonst ist das Verfahren doch stets und mit Recht dies gewesen, daß neu entstehende Disziplinen erst ihre Daseinsberechtigung beweisen mussten, und daß erst, wenn die Wissenschaften vorhanden waren, Stellen für sie gegründet wurden, nicht umgekehrt! Was ich persönlich von ‚jüdischer Wissenschaft‘ kennengelernt habe, hat mir nie einen besonderen Respekt eingeflößt. Unsere jüdischen Gelehrten haben zumeist noch nicht einmal die Renaissance erlebt.“⁸ Mit diesen Worten degradierte ein privilegiertes hochangesehenes protestantisches Theologum die jüdische Forschung einmal mehr zu einer im Vorurteil verhafteten apologetischen und der Universität zu tiefst unwürdigen Disziplin.

Die generelle Ablehnung der jüdischen Theologie als ebenbürtige Wissenschaft durch den Staat und die evan-

⁵ Geiger, Abraham: Das Judentum unserer Zeit und die Bestrebungen in ihm. In: Wissenschaftliche Zeitschrift für jüdische Theologie 1 (1835), S.10-11.

⁶ Tiefenbach, Johann Georg: Jüdischer Professor der Theologie auf christlicher Universität, Bd. 1-3, Gießen 1821-1823.

⁷ Vgl. Wiese, Christian: Wissenschaft des Judentums und protestantische Theologie im wilhelminischen Deutschland. Ein Schrei ins Leere? Tübingen 1999, S. 335ff.

⁸ Zitiert nach Wiese, Christian: Wissenschaft (s. Anm. 36), S. 339.

gelische Kirche führten schließlich zu ihrer Institutionalisierung außerhalb der Universitäten: 1854 wurde das Breslauer Jüdisch-Theologische Seminar gegründet, 1872 die Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Die Hochschule sollte die – ich zitiere: „wissenschaftliche Forschung und Lehre zur Grundlage habe, das Gesamtgebiet der Wissenschaft des Judentums behandeln und allen Studierenden ohne Unterschied des Glaubens und der Fakultät zugänglich“ sein.⁹ So die damalige Satzung.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die wissenschaftliche Ausbildung von Rabbinern und Religionslehrern ein Schwerpunkt der Hochschulen in Berlin und Breslau. 1931 war dem jüdisch-theologischen Seminar in Breslau durch die preußische Regierung der Titel einer Hochschule für jüdische Theologie verliehen worden.¹⁰ Aber es bestand ebenso die Möglichkeit, eine rein wissenschaftliche Abschlussprüfung ohne praktisches Ziel abzulegen.¹¹ Nach der Reichspogromnacht im November 1938 wurde das Breslauer jüdisch-theologische Seminar geschlossen und die von den Nationalsozialisten zur Lehranstalt degradierte Berliner Hochschule konnte nur noch bis zum Sommer 1942 bestehen. In ihrer Tradition stehen heute

„Die generelle Ablehnung der jüdischen Theologie als ebenbürtige Wissenschaft durch den Staat und die evangelische Kirche führten (...) zu ihrer Institutionalisierung außerhalb der Universitäten.“

die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, 1979 eröffnet, und das Abraham Geiger Kolleg an der Universität Potsdam, gegründet 1999.

Schon im „christlichen Staat“ Schlegel’schen Sinns musste die jüdische Theologie beweisen, dass der religiöse Wert des Judentums einzigartig genug war, um die jüdische Nonkonformität zu rechtfertigen. Damit trat die Theologie in das Spannungsfeld mit anderen, vor allem politischen und sozialen Faktoren ein, die die Grenzziehungen und Gemeinsamkeiten zwischen Juden und Nichtjuden bestimmten.

Leo Baeck hat hier die jüdische Verteidigungslinie gezogen. In seinem Aufsatz mit dem Titel „Theologie und Geschichte“¹² skizzierte er 1932 die Möglichkeiten einer zeitgenössischen

⁹ Vgl. „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“. In: Encyclopaedia Judaica. Jerusalem 1978, Bd. 8, Sp. 801.

¹⁰ Vgl. „Jüdisch-Theologisches Seminar, Breslau“. In: Encyclopaedia Judaica. Jerusalem 1978, Bd. 10, Sp. 466.

¹¹ Vgl. „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“. In: Encyclopaedia Judaica, Berlin 1928, Bd. 8, Sp. 160.

¹² In: Bericht der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, XLIX (1932), S. 42-54.

jüdischen Theologie. Mit Blick auf die Eigenständigkeit jüdischer Theologie warnt Baeck davor, theologische Vorstellungen, Termini und Methoden, die dem Christentum eigentümlich sind, auf das Judentum einfach nur zu übertragen.¹³ Ein solcher unangebrachter Transfer würde zwangsläufig zu Verzerrungen in der Darstellung des Judentums führen.

Die Abgrenzung nicht nur zu den Inhalten, sondern auch zu den Kategorien christlicher Theologie blieb entscheidend für das Verständnis einer spezifisch jüdischen Theologie. Für Baeck bilden die beiden Elemente „Offenbarung“ und „Kirche“ das theologische Fundament des Protestantismus. Hauptaufgabe der theologischen Arbeit ist die kritische Reflexion „des Wortes“ – so Baeck –, das die Kirche konstituiert. Nach Auffassung Baecks hat dieser Gedanke im Judentum keine Entsprechung. Da das Judentum keine Dogmen im geläufigen Sinne kennt, muss jüdische Theologie undogmatisch sein.¹⁴ Sie kann lediglich eine Theologie ihrer Lehrer sein, nicht aber die Theologie einer Kirche, die die Symbole des Glaubens verwaltet. Baeck definiert deshalb die jüdische Theologie als „Besinnung“ – eine Besinnung nicht auf das Wort der Offenbarung, sondern eine Besinnung auf Geschichte und Tradition des Judentums. So gleicht die Aufgabe der moder-

nen jüdischen Theologen der ihrer Vorgänger im 19. Jahrhundert. Sie müssen ein Gleichgewicht zwischen Kontinuität und Wandel finden, indem die Authentizität des jüdischen religiösen Lebens bewahrt und zugleich die Erkenntnis ernst genommen wird, dass Gott sein Volk auf eine Reise mitnimmt, auf der es möglicherweise mit neuen Eindrücken über die Beziehung zu seinem Gott konfrontiert wird. Unterhalb dieser Gemeinsamkeit spiegelt jüdische Theologie in ihrer Vielstimmigkeit die Vielfalt von Positionen und Kontexten wider, welche

„So gleicht die Aufgabe der modernen jüdischen Theologen der ihrer Vorgänger im 19. Jahrhundert. Sie müssen ein Gleichgewicht zwischen Kontinuität und Wandel finden.“

die Suche nach einer verbindenden und verbindlichen Theologie als sinngebendem Kern reicher, aber auch schwieriger machen. Sie ist die einigende Aufgabe aller Glaubensströmungen, die hinter die Erkenntnisse der Aufklärung nicht zurücktreten möchten und die ihre Theologie auch als Grundlage für sinnhaftes Handeln in der sozialen und politischen

¹³ Baeck, Leo: Theologie und Geschichte. In: Aus drei Jahrtausenden, Tübingen 1958., S. 37. Vgl. auch den „Bibel-Babel“-Streit.

¹⁴ Baeck, Leo: Besitzt das überlieferte Judentum Dogmen? In: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, Band LXX (1926), S. 225-236.

Realität unserer Welt verstehen.

Für Rabbiner Louis Jacobs besteht sie darin, ein geschlossenes Bild dessen zu vermitteln, was man als – ich zitiere: „Jude heute ohne Ausflüchte und bei Wahrung seiner intellektuellen Redlichkeit glauben kann“.¹⁵ Nach der Definition Louis Jacobs unterscheidet sich die Theologie dabei grundlegend von anderen Perspektiven auf das Judentum, da der theologisch Interessierte der Wahrheit der wissenschaftlichen Lehre von Gott innerlich verpflichtet ist und sie ernst und persönlich nimmt als etwas, was sein Leben direkt bestimmen kann. Wenn es also im Sinne Jacobs' darum geht, „den tieferen Sinn der jüdischen Religion beständig neu zu durchdenken“ in Auseinandersetzung mit der Tradition wie im Lichte der Gegenwart, dann führt jüdische Theologie stets zur Frage nach Gott als der Kernfrage, aus der sich das eigene von Religion ableitet.

Im Gehen entsteht der Weg. Das bedeutet auch, dass man sich miteinander auf den Weg zu machen bereit ist. Hier in Brandenburg, in Potsdam waren viele bereit, diesen Weg, den Abraham Geiger 1836 gewiesen hat, mit uns zu gehen. Und das ist das wichtigste Gegenmittel, wenn die Hoffnung versagt. Nicht schöner drückt sich dies aus als in der Aussage Bischof Markus Dröges, zu den Highlights seiner Kirche gehörten die Eröffnung der School of Jewish Theology der Universität Potsdam und die Umwidmung der Cottbuser Schlosskirche zur Synagoge. Wer hätte je ge-

dacht, dass so viel Gemeinsamkeit nach einem langen und mühsamen Weg möglich ist.

Die institutionellen Kontakte zwischen den Kirchen und den jüdischen Organisationen bilden heute einen stabilen Rahmen, indem sich das jüdisch-christliche Verhältnis entwickeln kann. Davon können Impulse ausgehen, die in den Kirchen und in der jüdischen Gemeinschaft Wirkung entfalten. Dazu gehört meiner Meinung nach auch ein gemeinsames Engagement für konkrete soziale, kulturelle oder ökologische Projekte, und dazu gehört auch der Austausch mit dem Islam. Leo Baeck hat den gemeinsamen Weg der drei Religionen gewiesen. Ich zitiere: „Dann werden gute Tage kommen. Menschen und Völker und Bekenntnisse werden geschieden bleiben, werden in ihrer Besonderheit weiterleben. Aber sie werden wissen, dass sie zusammengehören, Teile der einen Menschheit sind, zusammenleben sollen auf dieser unserer Erde, einander sehend und einander verstehend und, wenn es Not tut, einander helfend.“¹⁶ In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine inspirierende Woche der Brüderlichkeit 2015.

¹⁵ Jacobs, Louis: A Jewish theology, Springfield, New Jersey 1973, S. 4.

¹⁶ Baeck, Leo: Judentum, Christentum und Islam. Rede anlässlich der Studientagung der Districts-Gross-Loge Kontinental-Europa XIX in Bruxelles (22. April 1956). In: Friedlander, Albert H. und Klappert, Bertold: Leo Baeck Werke. Bd. 5: Nach der Schoa – warum sind Juden in der Welt? Schriften aus der Nachkriegszeit, Gütersloh 2002, S. 489.



Konzerte, Lesungen, Ausstellungen,
Theater, Vorträge, Filme, etc.

Woche der Brüderlichkeit 2015 • 8. bis 15. März

Im Gehen entsteht
der Weg IMPULSE
CHRISTLICH-JÜDISCHER
BEGEGNUNG



Herausgeber: Landtag Brandenburg,
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fotos: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Satz und Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



Landtag Brandenburg

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0

Fax 0331 966-1210

post@landtag.brandenburg.de

www.landtag.brandenburg.de